

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

30. Jahrgang.

N^o. 14.

Donnerstag, den 1. Februar

1883.

Öffentliche Sitzung des Stadgemeinderaths zu Johannegeorgenstadt Freitag, den 2. Februar a. e., Nachmittags 4 Uhr im Sitzungszimmer.

Die Tagesordnung wird durch Anschlag am Rathhause bekannt gegeben.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung von ca. 80—100 Cubikmeter **Granitsteinen** zur Be-

schotterung der Rautenkränzer Straße (sogenannter Kreuzler Weg) soll vergeben werden und sind Offerten, die sich sowohl auf das Anrücken von den oberhalb des genannten Weges liegenden Steinhalben, als auch auf das Auffahren und Klarschlagen derselben zu erstrecken haben, mündlich oder schriftlich an hiesiger Rathsstelle

Freitag, den 2. Februar a. e.,

in der Zeit von 9—11 Uhr Vormittags abzugeben.

Eibenstock, den 29. Januar 1883.

Der Stadtrath.
Löcher.

Restauration alter schöner Kirchen.

Das wieder erwachte Verständniß für kirchliche Kunst bringt in immer weitere Kreise und immer mehr ist man bemüht, diejenigen Stätten, welche gewissermaßen das pulsirende Herz einer Gemeinde bilden, nämlich die dem Gottesdienst geweihten Stätten, so herzustellen, daß sie auch durch ihre äußere Gestalt und den stylvollen Schmuck ihrer einzelnen Theile Auge und Herz der Besucher erfreuen, erquickend und erbauen. Das ist ein wahrer Fortschritt zum Guten und kann man nur wünschen, daß dieser Fortschritt immer lebendiger, kräftiger und allgemeiner sich entwickeln möge. Hier ist den Patronen und Kirchen-Vorstehern unserer Gemeinden ein weites und reiches Arbeitsfeld aufgeschlossen, und kann man sich kaum etwas Schöneres denken, als dazu mitzuhelfen, daß das Wort: „Wie lieblich sind deine Wohnungen, Herr Zebaoth, meine Seele verlangt und sehnet sich nach den Borhöfen des Herrn“ dadurch erfüllt werde, daß das Kirchengebäude den harmonischen Gesetzen der christlichen Kirchenbaukunst entsprechend hergestellt werde. Das christliche Gemüth begnügt sich nicht mit einem kalten weißgetünchten Raum, sondern es verlangt nach schönem Schmuck, schönen Formen, schönen Bildern, durch welche man feierlich gestimmt, mit erhabenen Gedanken und Gefühlen erfüllt und zum Ewigen, zum Himmlischen, zum Frieden emporgelassen wird. Warum besitzen jene herrlichen Gebirgsgegenden unserer Erde, in denen die Wolken des Himmels die schneeigen Häupter gewaltiger Bergriesen majestätisch umkreisen, eine so wunderbare Anziehungskraft, daß jährlich Hunderttausende dahin wallfahrten? Weil dort der Mensch mit solchen Gefühlen erfüllt wird, nach denen er förmlich dürstet, mit Gefühlen einer feierlichen Ruhe nach monatelangem unruhigem Treiben und geschäftigem Wirken und Schaffen. Nicht Vielen ist solch ein Glück beschieden, und auch die, welchen es vergönnt ist, können es oft nur stundenlang genießen, denn die Unruhe findet sich überall ein, wo Menschen zusammen kommen. Nun, um das tiefe Bedürfniß des Menschen nach vollkommenem Ausruhen der Seele und des Geistes zu befriedigen, dazu haben wir unsere Gotteshäuser. Aber damit sie in uns das Gefühl feierlicher Ruhe erwecken, dazu ist nöthig, daß auch ihre Gestalt und ihre Form, sozusagen ihre Gewandung den Stempel des Erhabenen, Feierlichen, Erhebenden an sich tragen, dann wird auch das in ihnen verkündigte Gotteswort und der in ihnen dargebrachte Gottesdienst noch tieferen nachhaltigeren Eindruck machen. Das vergangene Jahr kann wiederum von zwei Restaurationen alter schöner Kirchen erzählen, nämlich der St. Matthäikirche in Leisnig und der Nikolaikirche in Dippoldiswalde. Aber noch giebt es eine große Anzahl von herrlichen alten Bauwerken in Sachsen, welche der erlösenden Hand eines tüchtigen Architekten warten, durch welche sie von entstellenden Einbauten und störenden Hässlichkeiten befreit werden. Möge auch das neue Jahr von zeitgemäßen Fortschritten in dieser wichtigen kirchlichen Angelegenheit erzählen können!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der „Reichs-Anzeiger“ enthält folgenden Dank des Kronprinzen und der Kronprinzessin: „Tief gerührt durch die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme, welche Uns am fünf-

zwanzigsten Jahrestage Unserer Vermählung erfreuten, fühlen Wir Uns zugleich durch das Bewußtsein beglückt und gehoben, daß in der Hauptstadt, wie im ganzen deutschen Vaterlande, ja weit über dessen Grenzen hinaus Unser Familienfest den Anlaß geboten hat, das Gefühl fester Gemeinschaft ohne Ansehen von Rang und Stand und ohne Unterschied des Stammes oder Bekenntnisses in der Treue zu Kaiser und Reich und in der Anhänglichkeit an den Träger der deutschen Krone und Sein Haus aufs Neue zu bekunden. Beglückwünschungen in Briefen und Telegrammen, dichterische und sonstige künstlerische Gaben, reiche Blumen Spenden und Huldigungen mannigfachster Art sind Uns in einer Fülle zugegangen, daß Wir darauf verzichten müssen, den Vertretern städtischer und anderer Gemeinwesen, den Körperschaften, den Vereinen, Anstalten und Privatpersonen im Einzelnen zu danken. Wir wählen diesen Weg, um alle Diejenigen Unserer herzlichsten Erkenntlichkeit zu versichern, welche Uns in der Nähe und in weiter Ferne freundlichen Antheil bewiesen. Dabei geben Wir gern Unserer besonderen Genugthuung Ausdruck, daß Unsere Silberhochzeit Veranlassung geworden ist, durch wohlthätige Stiftungen und durch Sammlungen zu edlen und gemeinnützigen Zwecken dem Tage, an welchem Wir einst Unsern Ehestand geschlossen und mit Gottes Hilfe das Glück Unseres Lebens begründet haben, durch Wohlthätigkeit und Wohlthun die schönste Weihe und eine Unserem Sinn und Wunsche zumeist entsprechende Bedeutung zu verleihen. Berlin, den 28. Januar 1883. Friedrich Wilhelm, Kronprinz. Victoria, Kronprinzessin.“

— Die Kirchenpolitik (Culturkampf) der preussischen Regierung ist vor einem bedeutsamen Wendepunkte angekommen. Er wird bezeichnet durch einen Briefwechsel des Papstes und des Kaisers Wilhelm. Papst Leo XIII. hat Ende v. J. dem Kaiser geschrieben, der Kaiser hat ihm in den letzten Tagen des December geantwortet und Bismarck hat den Brief gegengezeichnet. Der Papst drückte dem Kaiser seine Befriedigung über die Herstellung und Wirksamkeit der preussischen Gesandtschaft bei der Curie aus; darauf antwortet der Kaiser dem Papst, er wolle, wenn der Papst sich zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei der Ernennung der Geistlichen verstehe, diejenigen preussischen Gesetze (Maigesetze), welche im Zustande des Kampfes zum Schutze streitiger Rechte des Staates erforderlich waren, einer wiederholten Erwägung (Anerkung) im Landtage unterziehen lassen. Der Papst gab freundliche Worte, der Kaiser giebt mit voller Hand und knüpft seine Gabe an eine einzige Bedingung (die Anzeigepflicht bei Anstellung der Geistlichen), die der Papst schon einmal früher zugestanden aber wieder zurückgenommen hat; er braucht sie jetzt nur von neuem ausdrücklich anzunehmen, so ist die Aera der Maigesetze abgethan.

— Aus Elsaß-Lothringen. Bezüglich der beiden, seit Beginn der laufenden Session des Landesauschusses in Kraft getretenen Neuerungen: die Oeffentlichkeit der Sitzungen und der obligatorische Gebrauch der deutschen Sprache, läßt sich heute schon sagen, daß sich dieselben vollständig bewährt haben und einen erheblichen Fortschritt in der Entwicklung der inneren Lage des Landes bedeuten. Wenn auch nicht zu befürchten war, wie von Seiten der Protestler wiederholt vorausgesagt wurde, daß in Folge des Sprachengesetzes die Existenz des Landesauschusses in Frage gestellt sei, so mußte man angesichts der in den Kreisen der

lothringischen Abgeordneten herrschenden hochgradigen Erregung doch darauf gefaßt sein, daß dieselben eine Demonstration in Form eines summarischen Austrittes in Scene setzen würden. Statt dessen begnügten sie sich mit einem einfachen Proteste und blieben ruhig im Besitze ihrer Mandate. Daß bei künftigen Neuwahlen die Wähler darauf Rücksicht nehmen, daß die zu wählenden Abgeordneten des Deutschen mächtig sind, darf wohl als sicher angenommen werden. Die in der Uebergangszeit unvermeidlichen Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten dürften also schon in wenigen Jahren ganz in Wegfall kommen. Auch die Oeffentlichkeit der Sitzungen übt bereits einen so günstigen Einfluß auf das Land aus, daß nur zu bedauern ist, daß dieselbe nicht schon früher erfolgte. Seither stand die Bevölkerung der Landesvertretung ziemlich theilnahmslos gegenüber. Die mageren offiziellen Berichte, welche die verschiedensten Censuren zu passiren hatten, waren um so weniger geeignet, das öffentliche Interesse in Anspruch zu nehmen, als dieselben nach dem, was gelegentlich über den Gang der Verhandlungen in die Oeffentlichkeit drang, nichts weniger als ein getreues Bild derselben lieferten. Das ist nun mit einem Schlage anders geworden. An Stelle jener theilnahmslosigkeit ist ein überall zu Tage tretendes allgemeines Interesse getreten und damit zwischen Volk und Volksvertretung jene Verbindung herbeigeführt, ohne welche eine gedeihliche politische Fortentwicklung nicht denkbar ist.

— Oesterreich. Die Prager „Politik“ bestätigt neuerdings die Meldung, daß in czechischen Abgeordnetenkreisen eine große Abneigung gegen die vom Finanzminister geplanten neuen Steuern herrsche. Dem Wiener Correspondenten des genannten Blattes soll ein czechischer Abgeordneter versichert haben, daß er gegen die Vorlage stimmen werde. Was in der Bevölkerung am meisten Erregung verursacht, das ist die geplante 10proc. Rentensteuer für Hypothekenzinsen. Es ist klar, daß der Hypothekengläubiger entweder sein Darlehen kündigen oder aber die Last der Steuer auf den Schuldner wälzen wird. Der verschuldete Haus- oder Grundbesitzer wird sich wieder am Miether und Consumenten schadloß halten, so daß schließlich doch wieder die täglichen Lebensbedürfnisse versteuert werden. Auch an der Börse zeigt sich schon heute eine Wirkung, indem die meisten Pfandbriefpapiere an Cours verlieren.

— Wien wird nun ebenfalls, nach dem Muster der Berliner, seine Stadtbahn erhalten. Der Handelsminister hat dazu mit Genehmigung des Kaisers die Konzession erteilt, wofür noch besonders die mißlichen Arbeitsverhältnisse Wiens den Ausschlag gaben. Die Kosten sind auf 40 Millionen Gulden veranschlagt worden. Es ist nur gar nicht einzusehen, daß ein solcher Riesenbau für Wien nothwendig sei und ebenso wenig, daß derselbe sich rentiren sollte. Berlin hat einen ungeheuren Durchgangsverkehr vom Westen und Osten Europas — für Wien trifft dies nur in sehr beschränktem Maße zu.

— Frankreich. Da sich das Ministerium über seine Haltung gegenüber den radikalen Anträgen wegen Ausweisen der Prinzen nicht einigen konnte, reichte es seine Entlassung ein, welche der Präsident Grevy auch nach einigem Zögern annahm. Der Versuch Ferrys, ein neues Cabinet zu bilden, scheiterte. Darauf wurde der bisherige Minister des Innern, Fallières, zum Ministerpräsidenten ernannt, der auch einstweilen die auswärtigen Angelegenheiten überneh-